

Steigende Zahl der Hochschulabsolventen Quantitative Analyse von Zugängen und Abgängen an den Hochschulen 1960 bis 1986 ..	275
Elektronische Informationssysteme Aufbereitung und Nutzung von Unternehmensdaten in europäischen Ländern	281

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 21/88

Berlin

26. Mai 1988

55. Jahrgang

Stüglitz

Steigende Zahl der Hochschulabsolventen Quantitative Analyse von Zugängen und Abgängen an den Hochschulen 1960 bis 1986

Über viele Jahre hat die Expansion im Hochschulwesen nicht zu entsprechenden Absolventenzahlen geführt, weil die durchschnittliche Studienzeit immer länger wurde. Nunmehr kehren sich die Tendenzen um: Die Absolventenzahlen steigen, die durchschnittliche Verweildauer stagniert, der Druck in Richtung wieder kürzerer Studienzeiten nimmt zu.

In diesem Bericht wird die bisherige Entwicklung mit Hilfe einer Bestandsrechnung dargestellt, in der die jeweilige Gesamtzahl deutscher Studenten nach Studienjahren gegliedert ist. Für den Immatrikulationsjahrgang 1960 errechnet sich aus den Abgängen vom vierten Studienjahr an eine durchschnittliche Studiendauer von 4,8 Jahren, für den Immatrikulationsjahrgang 1980 dagegen von 6,3 Jahren. Als Ergänzung dieser globalen Berechnungen sind die Ergebnisse der Prüfungsstatistik herangezogen worden.

Seit 1978 erfaßt das Statistische Bundesamt im Rahmen der Hochschulstatistik die Studenten nach der Zahl der absolvierten Studienjahre. Diese Statistik zeigt für die jeweiligen Studienanfänger im „Quervergleich“ — d.h. Studenten im ersten Studienjahr 1978, im zweiten Studienjahr 1979, im dritten Studienjahr 1980 usw. — eine recht stetige Abgangsentwicklung. Von den Studienanfängern brechen bis zum dritten Studienjahr etwa 15 vH an den Universitäten und 7 vH an den Fachhochschulen die Ausbildung ab. Die übrigen verlassen derzeit im Schwerpunkt nach 5 bis 8 Jahren und in fast gleicher Zahl von 20 000 Absolventen je Jahrgang die Hochschulen. Doch kann aus den vorliegenden Daten nur für den Anfängerjahrgang 1978 die Entwicklung von Anfang bis Ende (Stand nach 9 Jahren) verfolgt werden.

Deshalb wurde mit Hilfe der verfügbaren Informationen — und zwar für deutsche Studenten — eine „Rückschreibung“ bis zum Jahre 1960 vorgenommen, die in vertretbaren Fehlergrenzen verdeutlicht, wie die Entwicklung verlaufen ist und wie stark die Studiendauer der einzelnen Anfängerjahrgänge zugenommen hat.

Entwicklung im Überblick

Im Wintersemester 1986/87 waren an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland rund 1,3 Mill. deutsche Studenten immatrikuliert. In vergleichbarer Abgrenzung, d.h. unter Einbeziehung der Ausbildungsstätten, die zunächst noch nicht den Status einer Hochschule hatten (Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen), waren es 1960 nur knapp 0,3 Mill. Studenten.

Die Expansion verlief nicht stetig und war bis 1965 noch relativ schwach. Dann folgten zwei Zyklen, in denen die jährliche Bestandszunahme mit 55 000 (1971/73) und mit 77 000 (1981/82) Höhepunkte erreichte. Der weitere Verlauf ließ zunächst erwarten, daß die Expansion auf dem hohen Niveau von 1,3 Mill. Studenten etwa 1987 zum Stillstand kommt. Doch setzte sich schon 1986 der Rückgang bei der Zahl der Studienanfänger nicht fort, 1987 brachte sogar wieder ein Rekordergebnis, und die Gesamtzahl der Studenten steigt immer noch um etwa 30 000 jährlich.

Diese Zunahme ergab sich 1986 als Saldo aus rund 200 000 Zugängen und 170 000 Abgängen an den Hoch-

Tabelle 1

**Deutsche Studenten an Hochschulen¹⁾ — Bestandsgliederung und Abgänge nach Studienjahren
in 1000 Personen**

	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Studienanfänger ²⁾	75	81	84	82	83	82	99	107	121	124	129	142	150	156	158	157	158	155	159	162	179	201	210	217	206	192	198
2. Studienjahr	62	69	74	77	75	76	75	91	98	110	113	118	130	138	143	145	145	146	142	146	151	168	186	193	199	188	178
3. Studienjahr	54	58	65	70	73	71	72	71	86	93	104	107	112	124	131	135	137	137	137	136	139	145	159	175	181	185	175
1. bis 3. Studienjahr	191	208	223	229	231	229	246	269	305	327	346	367	392	418	432	437	440	438	438	444	469	514	555	585	586	565	551
4. Studienjahr	31	34	38	45	49	52	52	53	53	68	76	87	91	96	108	115	121	123	124	129	130	133	135	146	160	166	171
5. Studienjahr	22	23	25	27	31	33	34	32	33	35	47	55	66	70	75	86	93	97	99	100	107	110	116	118	128	140	145
6. Studienjahr	13	14	15	16	17	20	21	22	21	22	23	33	39	48	51	56	65	72	77	81	85	93	96	101	101	110	120
7. Studienjahr	6	7	8	8	9	10	12	13	14	15	16	17	23	27	34	37	41	49	55	59	63	67	73	76	79	80	88
8. Studienjahr	4	4	4	5	5	6	7	8	9	9	10	11	12	16	19	23	25	29	35	39	43	47	49	53	56	59	60
9. Studienjahr	2	2	2	2	3	3	4	5	6	6	7	7	8	9	12	14	17	19	22	26	29	32	35	37	40	42	44
4. bis 9. Studienjahr	78	84	92	103	114	124	130	133	136	155	179	210	239	266	299	331	362	389	412	434	457	482	504	531	564	597	628
10. Jahr und länger								1	2	4	6	8	10	13	16	20	24	30	37	44	53	63	73	82	90	100	110
Studenten insgesamt	269	292	315	332	345	353	376	403	443	486	531	585	641	697	747	788	826	857	887	922	979	1059	1132	1198	1240	1262	1289
Bestandszunahme	21	23	23	17	13	8	23	27	40	43	45	54	56	56	50	41	38	31	30	35	57	80	73	66	42	22	27
Zugang	75	81	84	82	83	82	99	107	121	124	129	142	150	156	158	157	158	155	159	162	179	201	210	217	206	192	198
Abgang	54	58	61	65	70	74	76	80	81	81	84	88	94	100	108	116	120	124	129	127	122	121	137	151	164	170	171
Abgang bis 3. Jahr	10	10	11	11	11	11	11	12	14	16	17	17	18	18	20	21	20	20	22	19	18	17	24	28	30	32	27
Abgang ab 4. Jahr davon	44	48	50	54	59	63	65	68	67	65	67	71	76	82	88	95	100	104	107	108	104	104	113	123	134	138	144
4. Jahr	20	20	20	20	21	21	19	19	18	18	17	17	16	16	16	16	14	14	13	8	6	6	10	13	15	15	14
5. Jahr	7	8	9	11	14	16	18	20	20	18	21	21	21	21	22	22	24	24	24	22	20	17	17	17	18	20	21
6. Jahr	8	8	8	9	10	11	12	12	11	11	12	14	16	18	19	19	21	21	20	18	15	14	14	15	17	18	20
7. Jahr	5	6	6	7	7	7	8	8	8	6	6	6	10	12	14	14	15	16	17	18	18	18	20	20	22	21	22
8. Jahr	2	2	3	3	3	3	3	4	4	5	5	5	5	7	8	11	12	12	14	16	16	16	18	20	20	20	20
9. Jahr	1	2	2	2	2	2	2	2	2	3	2	3	3	3	4	5	6	6	7	9	10	11	12	12	13	14	15
10. Jahr u. später	1	2	2	2	2	3	3	3	4	4	4	5	5	5	6	8	10	11	12	15	17	19	22	26	29	30	32
Abgänge nach 3 bis 10 Studienjahren ³⁾	44	47	61	65	59	62	64	67	66	64	66	69	74	80	85	91	95	99	101	100	95	95	101	109	117	121	126

¹⁾ Ergebnisse der Hochschulstatistik jeweils für das Wintersemester. Die zunächst in der Fachserie 11 des Statistischen Bundesamtes (Reihe 4.1 „Studenten an Hochschulen“) angegebenen Bestandszahlen ohne Fachhochschulen wurden ergänzt, 1960 um 43 000. Bei den Studienanfängern (Sommersemester und folgendes Wintersemester) mußten ferner in den 60er Jahren diejenigen geschätzt werden, die an den Pädagogischen Hochschulen das Studium begonnen hatten. Die Basiszahl von 75 000 Studienanfängern im Jahre 1960 ergibt sich aus 48 000 an den Universitäten und Kunsthochschulen, 11 000 an den Pädagogischen Hochschulen und 16 000 an den Fachhochschulen. Darüber hinaus wurden im Zeitraum 1967 bis 1973 die in der Fachserie 11 ausgewiesenen Studienanfängerzahlen um rund 10 000 jährlich erhöht; wegen nachträglicher Einbeziehung neu gegründeter Hochschulen sind die statistischen Ausgangsdaten zu niedrig. — Von 1978 an reduzieren sich die Schätzungen auf die Ausgliederung der ausländischen Studenten aus den Gesamtzahlen in der Untergliederung nach Hochschulsemestern. Bei knapp 6 vH Anteil der Ausländer an allen Studenten haben Schätzfehler wenig Gewicht. Die nur überschlägigen Berechnungen für den Zeitraum 1960 bis 1977 stützen sich sehr begrenzt auf Primärdaten, bringen aber vermutlich die Tendenz der Studienzeitverlängerungen gut zum Ausdruck. — ²⁾ Studienjahre nach Hochschulsemestern; erstes Studienjahr z.B. Sommersemester 1960 und Wintersemester 1960/61 = Studienanfänger 1960. — ³⁾ Verkürzte Abgangsrechnung, die im Ergebnis der Zahl der Erstabschlüsse nach der Prüfungsstatistik sehr nahe kommt. Die Abgänge jedes Jahrgangs von Studienanfängern laufen in der verkürzten Rechnung nach zehn Jahren aus, und zwar im zehnten Jahr mit einem Drittel und im neunten Jahr mit zwei Dritteln der Abgänge im achten Jahr. Damit wird z.B. für den Studienjahrgang 1974 die Abgangsreihe 16–12–8–4 in den vier letzten Jahren gebildet mit 16 und 12 als statistische Vorgaben und 8 und 4 als analoge Fortsetzung der Reihe.

schulen. Sowohl die Zugänge als auch die Abgänge waren dreimal so hoch wie 1960. Dies gilt auch für die Zahl der Studenten im ersten bis zum dritten Studienjahr (1986 rund 550 000). Dagegen hat sich deren Zahl in den jeweils höheren Semestern fast verzehnfacht, von rund 80 000 auf 740 000. Somit entfallen von der Bestandszunahme um rund eine Million ein Drittel auf Studenten im ersten bis dritten Studienjahr und zwei Drittel auf Studenten ab dem vierten Studienjahr. Daraus wird schon deutlich, daß die Expansion sehr stark auf die Verlängerung der durchschnittlichen Studiendauer zurückgeht.

Mit Hilfe der Bestandsgliederung nach Studienjahren von 1960 an kann die Entwicklung genauer analysiert werden. Wählt man die Abgangsstruktur der Studienanfänger 1960 als Basis und überträgt diese Struktur auf alle Jahrgänge, so weichen bis 1970 die hypothetischen Ergebnisse von den tatsächlichen noch wenig ab. Dann aber werden die Differenzbeträge rasch größer und erreichen 1986 die fiktive Zahl von 400 000 Studenten, d.h. es wären bei konstanter Studiendauer nur rund 900 000 statt tatsächlich 1,3 Mill. Studenten immatrikuliert gewesen.

Wie sich einzelne Komponenten — verlängerte Regelstudienzeiten, erhöhte Prüfungsanforderungen, Wechseln des Studienfaches, weniger zielstrebiges Studieren oder auch rein statistische Aufblähungen — ausgewirkt haben, läßt sich aus der globalen Berechnung natürlich nicht ableiten. Wählt man die Abgangsstruktur des Studienjahrgangs 1970 als Basis, so ist rechnerisch die Zahl der Studenten bis 1986 um rund 200 000 stärker gestiegen, als dies bei konstanter Studiendauer der Fall gewesen wäre.

Studienabgänge und Prüfungen

Von den Studienanfängern im Jahre 1960 (ohne frühzeitige Abbrecher) beendete rund ein Drittel die Ausbildung im vierten Studienjahr; es handelte sich vor allem um Lehrer und Fachschulabsolventen mit damaliger Regelstudienzeit von 6 Semestern. Inzwischen verläßt nur noch ein knappes Zehntel der Studenten so früh die Hochschule; an den Fachhochschulen ging der Anteil von etwa 70 vH auf 20 vH zurück.

Faßt man die Abgänge im vierten bis sechsten Studienjahr zusammen, so waren es vom Studienjahrgang 1960 noch rund 70 vH und sind es vom Studienjahrgang 1980 nur noch 30 vH. Vom siebenten Studienjahr an kehren sich die Relationen um; schon recht kraß bei den Abgängen im achten Jahr nach Studienbeginn und weit mehr bei den restlichen Abgängen (9 vH des Jahrgangs 1960 und 32 vH des Jahrgangs 1978, von dem im 9. Studienjahr (1986) noch 44 000 Studenten immatrikuliert waren).

Verfolgt man die Abgänge Jahr für Jahr, so zeigt sich deutlich eine Verlangsamung der Zunahme der durch-

schnittlichen Studiendauer. Vermutlich kommt die Entwicklung beim Jahrgang 1981 der Studienanfänger zum Stillstand, für den bisher nur Informationen bis zum fünften Studienjahr vorliegen. Schreibt man unter dieser Annahme die Abgangsrechnung fort, so wirkt sich bis etwa 1990 aus, daß in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Zahl der Studienanfänger stark gestiegen ist. Entsprechend sind jetzt die „höheren Semester“ zahlreicher vertreten, und die Abgänge pro Jahr haben bereits steigende Tendenz.

Insgesamt stehen sich 1985 rund 170 000 Abgänge nach der Bestandsrechnung und 121 000 Studienabsolventen nach der Prüfungsstatistik (nur Erstabschlüsse) gegenüber. Die erhebliche Differenz von 49 000 teilt sich auf in etwa 30 000 frühzeitige Studienabbrecher und 20 000 spätere Abgänge ohne Examen. Ferner kommt man zu einer guten Annäherung an die Ergebnisse der Prüfungsstatistik, wenn in einer verkürzten Rechnung — vergleiche letzte Zeile der Tabelle 1 — die Abgänge nach jeweils 3 bis 10 Studienjahren zusammengefaßt werden. Damit dürfte diese Rechnung auch für Prognosen geeignet sein. Bei gleicher Basis (1985: 121 000) leiten sich als Orientierungsgröße für 1990 rund 140 000 Prüfungen ab, sofern die Abgangsstrukturen konstant bleiben.

Aber auch rückblickend ist die — an die Ergebnisse der Prüfungsstatistik angenäherte — Abgangsrechnung informativ. Wiederum anknüpfend bei den einzelnen Jahrgängen von Studienanfängern, wurden in der Übersicht „Abgänge nach Studienjahrgängen“ die Abgänge nach 3 bis 10 Jahren als Indikator für bestandene Prüfungen kumuliert. Danach verblieben vom Jahrgang 1960 nur 19 vH als „restliche Abgänge“, vom Jahrgang 1980 werden es rund 30 vH sein. Wie genau mit diesen „Restquoten“ der Teil der Studenten umrissen wird, der ohne Abschluß studiert hat, läßt sich schwer beurteilen. Auf jeden Fall sind es wesentlich mehr geworden. Dies kommt auch in der großen Zahl von inzwischen 110 000 Studenten zum Ausdruck, die im 10. Jahr und länger immatrikuliert sind.

Abgänge nach Studienjahrgängen
in 1 000 Personen

	1960	1970	1980
Studienanfänger	75	129	179
Abgänge nach 3 bis 10 Jahren als Indikator für bestandene Prüfungen	61 ¹⁾	97	125
Restliche Abgänge	14	32	54
Anteil der restlichen Abgänge in vH	19	25	30

¹⁾ Diese Zahl setzt sich in Tabelle 1 zusammen aus den Abgängen 20 (4. Jahr 1963) und 14 (5. Jahr 1964) und 11 (6. Jahr 1965) usw.

Betrachtet man den Verlauf für alle Abgänge jeweils im gleichen Jahr, so leiten sich durchschnittliche Studien-

zeiten ab, die vom Ansatz her der Studiendauer in der Prüfungsstatistik entsprechen. Beginnend mit den Abgängen im 4. Studienjahr (sechs oder sieben absolvierte Semester bzw. rund 3,2 Studienjahre) führt die Abgangsrechnung zu durchschnittlichen Studienzeiten von 4,6 Jahren (1960), 4,9 Jahren (1970) und 6,0 Jahren (1980). Seitdem sind die Verlängerungen nur noch gering; für 1985 — auf dieses Jahr wird im folgenden von der Prüfungsstatistik her näher eingegangen — lauten die Ergebnisse im einzelnen:

Durchschnittliche Studiendauer 1985

Abgänge in 1000 Personen	Studiendauer in Jahren
15	3,2
20	4,2
18	5,2
21	6,2
20	7,2
14	8,2
9	9,2
4	10,2
121	6,1

Ergebnisse der Prüfungsstatistik

In der Prüfungsstatistik werden keine Vor- oder Zwischenprüfungen erfaßt, sondern nur Abschlußprüfungen. Unterschieden wird in der Statistik zwischen erfolgreichen und nicht erfolgreichen Kandidaten. Zusätzlich wird in einer Individualerhebung seit 1982 die Studiendauer bis zum Examen erfragt. Es liegen Angaben zur Studiendauer nach Fachsemestern und nach Hochschulsesemestern vor. Untersucht wurde die Studiendauer erfolgreicher deutscher Absolventen nach Hochschulsesemestern. In dieser Abgrenzung sind die durchschnittlichen Studienzeiten länger als nach Fachsemestern, insbesondere aufgrund eines Studienfachwechsels oder eines Zweitstudiums.

Im Prüfungsjahr 1985, das die Ergebnisse des Wintersemesters 1984/85 und des Sommersemesters 1985 zusammenfaßt, bestanden 141 000 deutsche Studenten Abschlußprüfungen. Davon entfielen 14 000 (10 vH) auf Promotionen, die meist einen vorangehenden ersten Abschluß voraussetzen. Ferner erwarben rund 5 000 Studenten ein Diplom oder ein vergleichbares Examen als weiteren Abschluß mit Anteilen von 7 vH an den wissenschaftlichen Hochschulen und 2 vH an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen). Lehramtskandidaten legen in der Regel Prüfungen in zwei Fächern ab; darüber hinaus ist der Anteil von Zusatzprüfungen u.a. relativ hoch. 1985 standen sich 43 000 Prüfungsfälle und 19 500 Personen mit Erstabschlüssen gegenüber. Insgesamt legten 120 000 Absolventen einen 1. Abschluß ab, 21 000 einen weiteren.

Unter den Erstabschlüssen haben inzwischen die rund 11 000 Prüfungen an den Verwaltungsfachschulen mit Studienzeiten von drei Jahren ein beachtliches Gewicht. Ohne diese verwaltungsinternen Studiengänge betrug die durchschnittliche Studiendauer an den Fachhochschulen 4,4 Jahre. Einschließlich der — nicht sehr zahlreichen — Kurzstudiengänge an Universitäten und Gesamthochschulen errechnet sich für die zusammengefaßte Prüfungsgruppe „Diplom (FH)-Kurzstudiengänge“ der Prüfungsstatistik eine durchschnittliche Studienzzeit von 4,1 Jahren bis zum ersten Abschluß.

Davon heben sich die Studienzeiten an den wissenschaftlichen Hochschulen deutlich ab: Sie betragen 1985 bis zum „Diplom (U) und entsprechender Hochschulprüfungen“ als ersten Abschluß 6,6 Jahre und bis zur Lehramtsprüfung 6,0 Jahre. Die Streuung um diese Gesamtdurchschnitte ist erheblich. Beim Diplom (U) überwiegen nach Fachrichtungen Studienzeiten von 6 bis 7 Jahren; beim Lehramt reicht die Spanne von 4,7 Jahren in der Prüfungsgruppe „Grund- und Hauptschulen, Sekundarstufe 1“ bis zu 6,9 Jahren in der Gruppe „Gymnasien, Sekundarstufe 2“. Im Vergleich der Jahre 1975 und 1985 nahm unter den Lehramtsprüfungen der Anteil der Prüfungsgruppe Grund- und Hauptschulen von reichlich der Hälfte auf ein Viertel ab. Die Verlagerungen, insbesondere zum Lehramt an Gymnasien, wirkten sich auf die durchschnittliche Studiendauer aller Lehramtskandidaten rechnerisch mit einem Semester Verlängerung auf 6 Jahre aus.

Allerdings ging der Anteil der Lehramtsprüfungen an allen Prüfungen stark zurück; unter den drei zusammengefaßten Prüfungsgruppen kam es — ohne Verwaltungsfachhochschulen — zu folgenden Strukturverschiebungen:

Prüfungen in vH

	1975	1985
Diplom (U)	32	50
Diplom (FH)	30	32
Lehramt	38	18
Insgesamt	100	100

Beim Vergleich von Erstabschluß und weiterem Abschluß stehen sich 1985 beim Diplom (U) Durchschnittszeiten von 6,6 bzw. 9,2 Jahren und beim Lehramt von 6,0 bzw. 8,1 Jahren gegenüber. Großes Gewicht haben die weiteren Abschlüsse (ohne Promotion) nur in einzelnen Fachrichtungen, beispielsweise Psychologie, Erziehungswissenschaften, Lehramt Real-, Berufs- und Sonderschulen.

Die Promotionen — 1985 rund 13 000 ohne Erstabschlüsse — konzentrieren sich mit rund 6 000 auf die Ärzte. An zweiter Stelle folgen mit rund 1 000 — und ebenfalls hoher Promotionsquote — die Chemiker. Dok-

Tabelle 2

Studiendauer deutscher Absolventen¹⁾ nach Hochschulsemestern in Jahren

Fächerbereiche	1980					1985				
	Diplom (U)	Lehramt	Diplom (FH)	Promotion	Insgesamt	Diplom (U)	Lehramt	Diplom (FH)	Promotion	Insgesamt
Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport	6,6	5,6	4,1	9,2	5,8	7,0	6,3	4,1	9,7	6,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	6,0	6,1	3,9	7,9	5,1	6,3	6,4	3,8	7,9	4,9
Mathematik, Naturwissenschaften	6,4	5,7	4,4	8,9	6,3	6,8	6,2	4,6	9,0	6,8
Medizin	7,4	—	—	7,5	7,4	7,4	—	—	7,6	7,5
Agrar-, Forst- u. Ernährungswissenschaften	5,4	4,8	3,9	7,0	4,9	5,9	5,3	4,2	7,6	5,4
Ingenieurwissenschaften	6,4	6,2	4,3	7,2	5,0	6,8	6,7	4,5	7,7	5,3
Kunst, Kunstwissenschaften	6,2	5,3	4,8	9,5	5,2	6,7	5,7	5,1	9,9	5,9
Insgesamt	6,5	5,7	4,1	8,0	5,8	6,8	6,3	4,2	8,1	6,0

¹⁾ Die Prüfungsgruppe Diplom (U) umfaßt das Diplom und vergleichbare Abschlüsse sowie die Staatsexamen ohne Lehramt an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Gesamthochschulen, Pädagogischen, Kirchlichen und Kunsthochschulen. Die Gruppe Diplom (FH) enthält das Diplom an den Fachhochschulen und die Kurzstudiengänge an den anderen Hochschulen.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Eigene Berechnungen.

torprüfungen wurden im Durchschnitt nach 8 Studienjahren bestanden. Die Zeitverlängerung gegenüber den Erstabschlüssen streut erheblich, von wenigen Monaten (z.B. Medizin) bis zu drei Jahren (Sprach- und Kulturwissenschaften). Diese Immatrikulationszeiten von Doktoranden besagen wenig über die Studiendauer bis zur Promotion. Sie beträgt im Durchschnitt rund 11 Jahre und ist beispielsweise bei Ärzten um 2,5 Jahre und bei Wirtschaftswissenschaftlern um 5 Jahre länger als die jeweilige Durchschnittszeit bis zum ersten Abschluß.

Im Vergleich der Prüfungsjahre 1980 und 1985, für die umfassende Ergebnisse in gleicher Abgrenzung vorliegen (Tabelle 2), verlängerte sich die Studiendauer im Gesamtdurchschnitt von 5,8 auf 6,0 Jahre. Die schon angesprochenen Strukturverschiebungen zwischen den Prüfungsgruppen tangierten die Gesamtergebnisse nur geringfügig.

Die größten Verlängerungen der Studiendauer ergaben sich bei den Lehramtsprüfungen. Sie nahm von 5,7 auf 6,3 Jahre zu. Mit Ausnahme der Prüfungen für die Lehrer an Berufsschulen, deren Studienzeit fast konstant blieb, erhöhten sich die Studienzeiten bis zum Examen in den Prüfungsgruppen nach Schularten relativ gleich. Auf den Gesamtdurchschnitt der Studiendauer wirkte sich dies nur abgeschwächt aus, da der Anteil der Lehrerexamen weiter abnahm.

An den Fachhochschulen geht der nur geringe Anstieg der Studiendauer auf die Expansion der Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen zurück. Ohne sie verlängerte sich die Studiendauer um 0,4 Jahre auf 4,5 Jahre,

und zwar in nahezu gleichem Ausmaß in den großen Fächerbereichen.

Bei den Diplomprüfungen an den wissenschaftlichen Hochschulen nahm die Studiendauer um 0,3 Jahre auf 6,8 Jahre zu. Gedämpft wurde die Entwicklung durch eine konstante Studiendauer in den großen Fachrichtungsgruppen Wirtschaftswissenschaften und Medizin. Recht erhebliche Steigerungen hatten die Juristen, die Wirtschaftsingenieure, die Anglisten, die Historiker und die Romanisten.

Zur Entwicklung vor 1980 vermittelt die Prüfungsstatistik keine umfassenden Informationen. An den Universitäten betrug 1962 die Studiendauer bis zum Diplom nach Fachsemestern 5,1 Jahre¹. Inzwischen sind es 6,2 Jahre an den Universitäten und 5,7 Jahre an den Gesamthochschulen. Nach Hochschulsemestern ist die Zunahme größer, kann aber nicht genau bestimmt werden (etwa drei Semester). Unter den Fächergruppen mit vielen Absolventen heben sich die Juristen mit schätzungsweise 2 Jahren Verlängerung nach oben und die Naturwissenschaftler mit nur einem Jahr nach unten ab.

Bei den Lehramtsprüfungen war die Verlängerung der Studienzeit mit rund zwei Jahren überdurchschnittlich. Neben den Strukturverschiebungen in Richtung des Abschlusses für das Lehramt an Gymnasien trugen hierzu insbesondere die erheblich gestiegenen Anforderungen an das Studium der Grund- und Realschullehrer bei.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Stuttgart und Mainz, 1970, S. 622.

An den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) liegt die Zunahme von rund 3 auf 4,5 Studienjahre bis zum Examen im Trend, ist aber relativ ebenfalls überdurchschnittlich groß. Gewichtet man alle Einzelinformationen, so erweist sich die aus der Abgangsrechnung für 1960 abgeleitete durchschnittliche Studiendauer von 4,6 Jahren als ein plausibles Resultat. Auch 1985 decken sich die Ergebnisse mit 6,1 Jahren nach der Abgangsrechnung und 6,0 Jahren nach der Prüfungsstatistik nahezu.

Zusammenfassung

In diesem Bericht ist für die deutschen Studenten an den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland eine Zugangs- und Abgangsrechnung quantifiziert worden, die — nach Studienjahren gegliedert — Auskunft gibt über die durchschnittlichen Studienzeiten, sowohl der einzelnen Jahrgänge von Studienanfängern als auch der jeweiligen Absolventen in den Jahren 1960 bis 1986.

Es handelt sich um eine überschlägige Rechnung, die methodische Unschärfen hat, Schätzungen erforderte und erst von 1978 an voll auf den Daten der Hochschulstatistik aufbaut. Trotz bestehender Vorbehalte ist aber eine gute Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Prüfungsstatistik festzustellen.

Die Zahl der deutschen Studenten nahm von 1960 bis 1986 von 0,3 auf 1,3 Millionen zu. Bei konstanter Studien-

dauer — 4,8 Jahre des Studienjahrgangs 1960 — wäre sie nur auf 0,9 Millionen gestiegen. Doch es errechnen sich inzwischen durchschnittlich 6,3 Studienjahre für den Immatrikulationsjahrgang 1980 — und diese Verlängerung um 1,5 Jahre bedeutet für die Hochschulen 400 000 Studenten mehr sowie eine erhebliche Verzögerung der Studienabschlüsse.

Längere Zeit — von 1975 bis 1981 — stagnierte die Zahl der Prüfungen (Erstabschlüsse ohne Promotion und andere Zweitabschlüsse) auf einem Niveau von jährlich 100 000. Der Anstieg auf 120 000 bis zum Jahre 1985 geht zum Teil auf steigende Abschlüsse an den Verwaltungsfachhochschulen zurück, doch wirkte sich zunehmend aus, daß die Studienzeiterverlängerungen immer geringer wurden. Im Vergleich der Prüfungen 1980 und 1985 waren es ohne Verwaltungsfachhochschulen aber noch 0,3 Jahre.

Doch die Entwicklung von Jahr zur Jahr zeigt nach der Prüfungsstatistik und ebenso der Abgangsrechnung für die jüngeren Jahrgänge von Studienanfängern, daß die Zeitverlängerungen bis zum Examen gegenwärtig wohl zum Stillstand gekommen sind.

Allerdings entfielen 1985 von den 120 000 Examenskandidaten die meisten noch auf Jahrgänge mit relativ wenigen — rund 160 000 — Studienanfängern. Seit 1981 sind es dagegen durchschnittlich 200 000. Dieser Anstieg um ein Viertel führt nach der Abgangsrechnung bei konstanter Studiendauer zu rund 140 000 Absolventen im Jahre 1990.

Elektronische Informationssysteme

Aufbereitung und Nutzung von Unternehmensdaten in europäischen Ländern

In dem Umfeld der heutigen Weltwirtschaft mit ihren technologischen Veränderungen, monetären Instabilitäten, politischen Risiken usw. sind alle Akteure des Produktionsprozesses in hohem Maße zur Flexibilität, zur Anpassungsfähigkeit an unerwartete Veränderungen gezwungen; sie müssen in der Lage und bereit sein, günstige Gelegenheiten zu erkennen sowie noch nicht ausgeschöpfte Ressourcen zu mobilisieren.

Beherrscht man die Informationsbeschaffung und -nutzung, dann ergeben sich Freiräume, rasch zu reagieren, Neues anzugehen, mehr Innovationen durchzusetzen.

Die zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung von Informationen kann man u.a. daran ablesen, daß inzwischen vom Informationssektor als wichtigem quartären Sektor gesprochen wird. Neuere Untersuchungen des DIW — soweit sie die Herstellung von informations- und telekommunikationstechnischen Erzeugnissen betreffen — kommen zum Ergebnis, daß dieser Sektor inzwischen einen Produktionswert von rd. 68 Mrd. DM hat¹. Eine Übersicht über die Entwicklung dieses Bereichs von 1980 bis 1986 gibt die Tabelle.

**Produktionswerte der Informations- und Kommunikations-
erzeugnisse im Zeitraum 1982 bis 1986**
in jeweiligen Preisen

Erzeugnisart	1982	1983	1984	1985	1986
in Mill. DM					
Informations- und Kommunikationserzeugnisse insgesamt	46 016	49 127	56 527	66 165	68 370
in vH					
davon:					
Datenverarbeitungsanlagen	18,5	20,8	23,3	24,8	24,3
Büroelektronik	3,3	3,3	3,2	3,3	3,0
Elektronische Bauelemente	8,2	8,3	9,1	8,8	9,1
Industrielle Elektronik	31,7	31,6	31,0	30,6	31,4
Telekommunikations-einrichtungen	38,3	36,0	33,4	32,5	32,2

Quelle: Stäglich, Südfeld: a.a.O.

Vereinfacht kann man sagen, daß ein Unternehmen und seine Entscheidungsträger Informationen benötigen, um

- die Durchführung und die Kontrolle der Unternehmensaufgaben zu sichern,
- eine adäquate Unternehmensplanung und -strategie zu erarbeiten und
- eine größere innerbetriebliche Stabilität und das rei-

bungslose Zusammenwirken aller Unternehmensteile zu gewährleisten.

In großen Unternehmen existieren spezialisierte Dienste, die sich um die Ausschöpfung und Nutzung von Informationen kümmern.

Im Falle kleiner und mittlerer Unternehmen ist die Einschaltung von Auskunfteien, modernen Informationsvermittlern sowie anderen Organisationen, die die gewünschten Informationen beschaffen oder vermitteln können, üblicher.

Untersuchungsziel und -vorgehen

Das DIW hat sich zusammen mit dem Ifo-Institut, München, mit den Schwachstellen der Versorgung mit Wirtschaftsinformationen in der Bundesrepublik Deutschland und den Verbesserungsmöglichkeiten beschäftigt². Hierbei wurden sowohl gesamtwirtschaftliche, Branchen-, Markt- und Unternehmensinformationen ausgewertet. Gegenstand des vorliegenden Berichts sind dagegen — als spezieller Bereich der Unternehmensinformationen — die Finanz- und Registerdaten, deren Aufbereitung und Nutzung das DIW im Rahmen eines Gutachtens, das hier in den Grundzügen vorgestellt werden soll, untersucht hat³.

¹ Vgl. Stäglich, Reiner und Erwin Südfeld: Der Informationssektor in der Abgrenzung nach informations- und kommunikationstechnischen Erzeugnissen — Einige Daten für die Bundesrepublik Deutschland. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4—87.

² Vgl. auch die speziellen Untersuchungen des DIW und des Ifo-Instituts über den Markt für Wirtschaftsinformationen: Filip-Köhn, Renate, Michael Reinhard und Wolfgang Seufert: Wirtschaftsinformation in der Bundesrepublik Deutschland — Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten —, Teil I, Zusammenfassung und Schlußfolgerungen, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, München, August 1986; Filip-Köhn, Renate und Wolfgang Seufert: Wirtschaftsinformation in der Bundesrepublik Deutschland — Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten —, Teil II, Angebotsseite und internationaler Vergleich des Online-Datenbankmarktes, Studie im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin, Juli 1986; Reinhard, Michael: Wirtschaftsinformation in der Bundesrepublik Deutschland — Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten —, Teil III, Angebot und Nutzung aus der Sicht der Nachfrager, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, München, August 1986 und Neckermann, Gerhard: Bedarf an unternehmensexternen Daten Eine — Pilot-Untersuchung bei Unternehmen der Automobilindustrie und der chemischen Industrie, Berlin, Juli 1984.

³ Boneß, Arthur: Aufbereitung von Finanz- und Registerdaten von Unternehmen durch elektronische Informationssysteme und deren Nutzung. Stand dieser Datenbanken und Erfahrungen ihrer Nutzer in ausgewählten europäischen Ländern. Untersuchung im Auftrage der Ecodata Wirtschaftsinformationen GmbH Frankfurt, Berlin 1988 (als Manuskript vervielfältigt). Ein ausführlicher Abdruck in den Vierteljahrsheften zur Wirtschaftsforschung wird vorbereitet.

Der Markt dieser Daten, soweit er auf der Grundlage elektronischer Informationssysteme beruht, hat in einigen europäischen Ländern wie auch in den USA und Japan in den letzten Jahren ein beträchtliches Wachstum erfahren⁴. Es ist zu erwarten, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Hintergrund der EG-Richtlinien und der Vollendung des Binnenmarktes eine kräftige Ausweitung dieses Marktes stattfinden wird.

Ziel der Untersuchung war es, Entstehung und Funktionsbedingungen dieses Informationsmarktes auf der Grundlage der Erfahrungen derjenigen europäischen Länder darzustellen, in denen der Markt bereits am weitesten entwickelt ist, insbesondere in Frankreich, aber auch in Belgien und Italien. Hierbei wird auf der Angebotsseite vor allem auf die Datenbankproduzenten und -anbieter, den Zugang zu den Ursprungsdaten und deren Aufbereitung sowie auf Transport und Darbietung der Information eingegangen. Ergänzt wird diese Analyse durch eine Darstellung der Nachfrageseite und die Beurteilung der Informationsdatenbanken aus der Sicht der Nutzer. Letztere sind vorwiegend Unternehmen.

Neben Auswertungen von Literatur und Dokumentationen stützte sich die Untersuchung auf Gespräche mit den Datenbankproduzenten und -anbietern in Frankreich, Belgien und Italien, ergänzt durch Fallbeispiele französischer Unternehmen als Nutzer der Datenbanken. Wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war eine breit angelegte empirische Erhebung nicht möglich; es konnten nur exemplarisch die wichtigsten Kennzeichen und Funktionsbedingungen dieses Segments des Wirtschaftsinformationsmarktes herausgearbeitet werden.

Zur 1. und 4. EG-Richtlinie

Die erste Richtlinie, erlassen im März 1968, sieht für alle Gesellschaftsformen die Offenlegung bestimmter Dokumente und Informationen vor, z.B. der Gesellschaftsstatuten und der Mitglieder des Managements. Sie enthält auch Vorschriften über die Abfassung von Verträgen, die Veröffentlichung bestimmter Basisinformationen, die Registrierung der Gesellschaften sowie deren Auflösung und Abwicklung.

Die vierte Richtlinie⁵, die im Juli 1978 erlassen wurde, behandelt Gliederung und Inhalt des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die angewandten Bewertungsmethoden und die Offenlegung dieser Dokumente. Insbesondere regelt die vierte Richtlinie die Publizitätspflichten von Kapitalgesellschaften, und zwar von

- Kapitalgesellschaften, bei denen die Anteilsrechte durch Zertifikate verbrieft sind und die der Société Anonyme vergleichbar sind (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien) und
- Kapitalgesellschaften, deren Anteilsrechte nicht durch Zertifikate verbrieft sind, ähnlich der Société Respon-

sabilité Limitée (Gesellschaft mit beschränkter Haftung).

Aus der Begründung des Richtlinienentwurfs wird deutlich, welche Bedeutung die Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes haben wird. Mit der Ausdehnung der Pflicht zur Offenlegung der Jahresabschlüsse auf alle Kapitalgesellschaften wird die Transparenz, die schon durch die Publizität der gesamten Grunddaten der Unternehmen geschaffen wurde, erhöht, so daß die Abwicklung von Transaktionen zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten des gleichen Landes und über die nationalen Grenzen hinweg erleichtert wird.

Die Richtlinien in der Europäischen Gemeinschaft betreffen immerhin etwa 2,4 Mill. Gesellschaften. Diese verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

	in Tausend		in Tausend
Belgien	100	Irland	42
Dänemark	57	Italien	210
Frankreich	460	Luxemburg	8
		Niederlande	190
Bundesrepublik Deutschland	360	Großbritannien	1 000

Die Umsetzung der EG-Richtlinien vollzieht sich in den einzelnen Ländern der EG recht unterschiedlich. In Frankreich und Belgien haben die Richtlinien bereits 1984 Eingang in die nationale Gesetzgebung gefunden. In der Bundesrepublik Deutschland schlugen sich die EG-Direktiven im Bilanzrichtliniengesetz von 1987 nieder. In Italien sind dagegen die EG-Direktiven noch nicht umgesetzt. Im weiteren Verlauf dieser Studie wurde insbesondere auf die Erfahrungen in Frankreich und Belgien eingegangen. Aber auch auf Italien wird wegen der besonderen Entwicklungen dort Bezug genommen.

Finanzdaten

Im Rahmen der Jahresabschlüsse fallen auch in der Bundesrepublik Deutschland nach dem neuen Bilanzrichtliniengesetz aufgrund der erheblich größeren Zahl von veröffentlichungspflichtigen Unternehmen wesentlich mehr Unternehmensinformationen an. Diese werden wegen ihrer Fülle nur dann den von der Kommission angestrebten Nutzen bringen, wenn sie schnell, leicht und mit hoher Zuverlässigkeit erhältlich sind.

⁴ Sema/Mètra Conseil, Les Services d'Information pour les Entreprises, Paris, Januar 1987.

⁵ Vgl. hierzu Knoblauch, Peter: Die vierte EG-Richtlinie. — Neufassung der Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften, Frankfurt am Main, 1978.

Diese Informationen betreffen insbesondere:

- Bilanz: Ihre Aufstellung und Gliederung ist im wesentlichen in den §§ 266 bis 274 des HGB geregelt.
- Gewinn- und Verlustrechnung: Die §§ 275 bis 283 des HGB bestimmen die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung und die Anwendung des Gesamtkosten- oder Umsatzkostenverfahrens.
- Anhang: Nach den §§ 284 bis 288 sind im Anhang jene publizitätspflichtigen Angaben aufzunehmen, die nicht zwingend in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zu machen sind.
- Lagebericht: § 289 bestimmt in groben Umrissen den Inhalt des Lageberichts. Dieser soll zumindest den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darstellen. Vorgänge von besonderer Bedeutung und die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft sollen erläutern werden.
- Prüfbericht durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

Registerdaten

Zu den Registerdaten gehören eine Reihe von Eintragungen in die Registerkarte, die in der Bundesrepublik Deutschland nach Paragraph 10 und 15 des Handelsgesetzbuches im Bundesanzeiger sowie in zwei regionalen Zeitungen veröffentlicht werden müssen. Diese sogenannte Registerpflicht (Publizitätspflicht) soll der Information des Handelsverkehrs dienen.

Zu diesen Eintragungen gehören Mitteilungen über

- die Komplementäre einer KG,
- die Gründungsdaten,
- den Sitzort der Gesellschaft,
- die Eigentümer, wenn es sich um eine Personengesellschaft handelt,
- die Satzung der Gesellschaft (nur auszugsweise),
- die Organe der Gesellschaft (Geschäftsführer, Prokurist, Vorstand),
- das Kapital der Gesellschaft,
- den Geschäftsgegenstand des Unternehmens,
- die Kommanditisten im Falle einer Kommanditgesellschaft und
- die Vertreter des Unternehmens.

Außerdem ist einmal jährlich eine Liste der Gesellschafter der GmbH einzureichen.

Diese Angaben, die sich nicht nur auf die Kapitalgesellschaften, sondern auf alle kaufmännischen Unternehmen erstrecken, die von Vollkaufleuten geleitet werden und die eine ordnungsgemäße Buchführung nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu führen haben, muß jedermann einsehen können.

Deshalb bestimmt § 9 HGB im Absatz 1 „Die Einsicht des Handelsregisters sowie der zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke ist jedem gestattet“ und im Absatz 2 Satz 1 „Von den Eintragungen und den zum Handelsregister eingereichten Schriftstücken kann eine Abschrift gefordert werden.“

Geregelt wird vorrangig, „welche“ Unternehmensdaten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen; „wie“ sie zu veröffentlichen sind, bleibt im wesentlichen den einzelnen Ländern überlassen. Entsprechend kommt dem Informationsmarkt, auf dem vergleichbare Daten umfassend angeboten werden, große Bedeutung zu.

Effiziente Nutzung elektronischer Informationssysteme

Zweck der europäischen Harmonisierung ist letztendlich die Schaffung gleicher Chancen auf einem gemeinsamen Markt für alle Akteure. Das setzt eine möglichst hohe Markttransparenz voraus. Diese kann im Bereich der Unternehmensinformation aber nur dann erreicht werden, wenn die Informationen über die Unternehmen, deren Daten dem Gesetze folgend allgemein zugänglich sein müssen, Kriterien einer effizienten Nutzung standhalten. Als solche sind zu nennen:

- Eine schnelle und leichte Informationsbeschaffung,
- Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Informationen,
- ein hoher Aktualitätsgrad,
- Vollständigkeit,
- Vergleichbarkeit,
- eine zweckmäßige Präsentation,
- nutzerorientierte Information,
- Internationalität und
- vertretbare Kosten bei der Beschaffung.

Die Unternehmensdaten unter Berücksichtigung dieser Kriterien allen Marktteilnehmern zur Verfügung zu stellen, ist heute Aufgabe moderner elektronisch ausgerüsteter Wirtschaftsinformationsdienste⁶.

Angebotsseite: Erfahrungen in europäischen Ländern

Die Angebotsseite bilden solche Datenbankanbieter, die sich moderner elektronischer Einrichtungen zur Verarbeitung von Daten (digitale Großrechenanlagen mit entsprechender Peripherie) bedienen.

Dies sind im engeren Sinne die Datenbankbetreiber oder Datenbankproduzenten, die die erfaßten Daten strukturieren und digital speichern. Ferner sind es die Datenbankanbieter — auch Hosts genannt —, die den Ver-

⁶ Vgl. dazu „Fachinformationsprogramm der Bundesregierung mit Zwischenbilanz 1986“, Herausgeber: Der Bundesminister für Forschung und Technologie, Bonn 1986.

trieb, also das Marketing und den Verkauf der Informationen, übernehmen und die dazu benötigte Software und die notwendigen Großrechenanlagen unterhalten. Datenbankbetreiber und -anbieter können dabei ein Unternehmen sein.

Im Interesse einer breiten und wirtschaftsdienlichen Nutzung der zusätzlich anfallenden Unternehmensdaten hat man in Frankreich beispielhaft gehandelt. Die Impulse eines funktionierenden Informationsmarktes für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Bedeutung der Informationsindustrie für den Arbeitsmarkt wurden früh erkannt.

Man ermöglichte den Datenbankproduzenten eine schnelle und leichte Datenbeschaffung dadurch, daß man eine einheitliche Veröffentlichung der Jahresabschlüsse vorschrieb und eine zentrale Hinterlegung der Dokumente verlangte. Die Dokumente als solche verbürgen ein hohes Maß an Zuverlässigkeit der Daten und die umgehende wie zentrale Hinterlegung sichern eine rasche Verbreitung der Informationen.

Mit einem im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und insbesondere zur Bundesrepublik einfachen und preiswerten Videotextsystem wurde in Frankreich eine Infrastruktur geschaffen, die der Informationsindustrie Wege öffnete, eine schnell wachsende Zahl von Interessenten mit ihren Diensten zu erreichen. Private Anbieter konnten sich einschalten und gewinnbringend zu vertretbaren Preisen insbesondere der gewerblichen Wirtschaft Informationen vermitteln. Weitere Wachstumschancen werden darin gesehen, daß die inzwischen schon beträchtliche Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen unter den Nutzern weiter zunimmt.

In Frankreich kann man heute über das weitverbreitete Terminal MINITEL in kurzer Zeit Registerdaten und mehrere Jahre abdeckende Finanzdaten von über 200 000 Unternehmen in unterschiedlicher Detaillierung und Auswertung abfragen und als Entscheidungshilfe heranziehen.

Auch in Belgien und Italien wurden mit Erfolg große Anstrengungen unternommen, um die Unternehmensdaten schnell und vergleichbar zugänglich zu machen. Wenn auch auf anderem Wege, so wurden doch in den letzten Jahren auch in diesen Ländern zentrale Datenbanken geschaffen, in denen die Unternehmensdaten nahezu vollständig gespeichert sind. In Italien mangelt es nur an der Vergleichbarkeit der Jahresabschlußdaten.

Nachfrageseite: Die Nutzer der Datenbanken

Eine genaue quantitative Aufschlüsselung der Nutzergruppen nach Anteilen am Umsatz war von den Datenbankanbietern nicht zu erhalten. Es gab nur Hinweise über die Nutzer aus dem Bereich der gewerblichen Unternehmen.

Großunternehmen sind die wichtigsten Nutzer, auf sie entfällt der größte Teil des Umsatzes der Datenbankanbieter. Dies gilt für alle hier betrachteten Länder, doch variiert der Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen am Umsatz der Datenbankanbieter von Land zu Land erheblich.

So dürfte die Nutzung der von CERVED in Italien angebotenen Datenbanken durch kleine und mittlere Unternehmen besonders gering sein. Dies hat seinen Grund in der frühen Einrichtung des Datenbanksystems und in der Interessenlage der Gründer dieser Einrichtung. Die großen Organisationen wie Banken, Versicherungen, Großunternehmen der gewerblichen Wirtschaft und die Handelskammern waren an dem direkten Zugang interessiert und konnten sich die teure Einrichtung eines direkten Zugriffs über eine Standleitung leisten. An die breite Nutzung über Telekommunikationsmedien wie Videotext oder den Zugriff per Microcomputer über speziell von der Post eingerichtete Kommunikationsnetze wurde nicht gedacht. Die Bedienung kleiner und mittlerer Unternehmen beabsichtigte man über die Handelskammern als Mitgründer des Systems abzuwickeln.

In Belgien bedient INFOTRADE immer noch vorrangig Großkunden. Auch hier mangelt es an einem geeigneten Transportmedium, um die große Masse der Unternehmen zu erschließen. Dennoch erzielt INFOTRADE etwa 20 vH seines Umsatzes aus Geschäften mit kleinen und mittleren Unternehmen.

In Frankreich dagegen ist für die O.R. Télématique das Geschäft mit den kleinen und mittleren Unternehmen noch gewichtiger, wenn auch nicht genau quantifizierbar. Die O.R. Télématique sieht in der weiteren Erschließung der großen Masse kleiner und mittlerer Unternehmen ihre Wachstumschancen und orientiert sich beim Angebot der Informationen in hohem Maße an den Bedürfnissen der mittelständischen und kleinen Unternehmen. Auch die Preispolitik richtete O.R. Télématique nach eigenen Angaben sorgfältig daran aus, was sich im Gespräch mit dem kleinen und mittelgroßen Nutzer als finanziell tragbare Alternative zu anderen Informationsquellen abzeichnet.

Genutzt werden die Finanz- und Registerdaten in den Unternehmen insbesondere

- in den Finanzabteilungen zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit von Kunden⁷,
- bei der Suche nach Geschäftspartnern,
- bei der Lösung allgemeiner Marketingaufgaben,
- bei betriebswirtschaftlichen Vergleichen des eigenen Unternehmens mit anderen Unternehmen der Wirtschaft usw.

⁷ Vgl. *Resultats de l'Enquete sur la Fonction de Responsable de Crédit dans les Entreprises*, CEGOS Stratégie Management, Boulogne Billancourt, April 1987.

Schlußbemerkungen

In der Bundesrepublik Deutschland stehen so vollständige Datenbanken mit objektiven Unternehmensdaten wie in Frankreich noch nicht zur Verfügung. Private Organisationen bemühen sich, die Register- und Finanzdaten EDV-mäßig zu erfassen und aufzubereiten. Die uneinheitliche Veröffentlichungsform der Jahresabschlüsse der einzelnen Gesellschaften und die dezentrale Hinterlegung dieser Dokumente in den über 440 Amtsgerichten der Bundesrepublik erschwert aber diese Bemühungen. Auch hier fehlt noch ein preiswertes und effizientes Trans-

portmedium, über das sich ein breites Spektrum von Nutzern den Vorteil organisierter Register und Jahresabschlußdaten nutzbar machen könnte.

Für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wäre es besonders im Hinblick auf das Jahr 1992, in dem die letzten Hemmnisse des freien Handels, des unbeschränkten Kapitalverkehrs, der ungehinderten Arbeitsplatzwahl und andere Barrieren zwischen den einzelnen EG-Ländern fallen sollen, wünschenswert, daß über zentrale Datenbanken eine Unternehmenstransparenz wie in unseren Nachbarländern geschaffen wird. Anderenfalls entstehen erhebliche Wettbewerbsnachteile.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre.** Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze.** Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel.** Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980.** Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Boli k und Dieter Hölsken (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung.** Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Detlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich.** Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt.** Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **I / Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte.** Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Eirik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West).** Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse —.** Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen.** Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle.** Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. 7. 1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur.** Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonomischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland.** Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland.** Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982.** Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartz und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft.** Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Steigende Zahl der Hochschulabsolventen. Bearbeitet von Oskar de la Chevallerie und Wolfgang Jeschek. —
Elektronische Informationssysteme. Bearbeitet von Arthur Boneß.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.